NACHRICHTEN
Österreich

06. Juni 2025

Entlastung für Oberösterreichs Gemeinden: Landesumlage 2026 aussetzen!

MFG und SPÖ fordern im OÖ Landtag die Aussetzung der Landesumlage 2026, um Gemeinden in der Inflation zu entlasten.

Wien, Österreich - Der heutige Tag bringt eine wichtige politische Initiative für die Gemeinden Oberösterreichs. Wie **ots.at** berichtet, haben die Freiheitlichen und die SPÖ im Oberösterreichischen Landtag einen Initiativantrag zur finanziellen Lage der Gemeinden eingebracht. Das Hauptziel dieses Antrags ist die Aussetzung der Landesumlage für das Jahr 2026. Diese Maßnahme soll den Gemeinden in einer Zeit helfen, in der Teuerung und Inflation anhalten und damit den finanziellen Spielraum der Kommunen erheblich einschränken.

Die Gemeindebudgets sind stark unter Druck durch die

kontinuierlich steigenden Personal- und Sachkosten sowie zusätzliche Aufgaben, die ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich zu bewältigen sind. LAbg. Joachim Aigner (MFG-OÖ) hob hervor, dass konkrete Maßnahmen zur Entlastung der Gemeinden dringend erforderlich sind. Die vorgeschlagene Aussetzung der Landesumlage wird von den Initiatoren als notwendiger und überfälliger Schritt angesehen, um die wirtschaftliche Situation der Gemeinden nicht weiter zu belasten.

Finanzielle Herausforderungen

Die aktuelle finanzielle Lage der Gemeinden wird nicht nur durch die Angelegenheiten vor Ort, sondern auch durch externe Faktoren beeinflusst. Laut einer Prognose des **Österreichischen Städtebundes** leiden die Gemeindefinanzen unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie, dem Ukraine-Krieg, der Inflation und der Klimakrise. Diese Faktoren führen zu steigenden Ausgaben in Form von Mehrausgaben für Klimaschutzmaßnahmen und anderen Investitionen.

Zusätzlich berichtete die oberösterreichische Landesregierung im November 2022 von einem umfassenden Entlastungspaket im Umfang von 56 Millionen Euro, das zur Unterstützung der Gemeinden dient. Dieses Paket umfasst 40 Millionen Euro zur Abfederung steigender Spitalskosten und 16 Millionen Euro für kommunale Projekte, um die finanziellen Belastungen, die durch die Corona-Krise und Gehaltserhöhungen im Gesundheitsbereich entstanden sind, abzumildern. Landeshauptmann Thomas Stelzer und LH-Stv. Manfred Haimbuchner betonten die Wichtigkeit dieser Unterstützung.

Langfristige Lösungen

Das Engagement der Landesregierung für die Gemeindeentwicklung ist nicht neu. Es gibt bereits eine Geschichte von Entlastungsschritten, die seit 2019

unternommen wurden. Beispielsweise umfasste das Oö. Gemeindepaket 2019 20 Millionen Euro, gefolgt von 54,25 Millionen Euro im Jahr 2020 und dem jüngsten Paket von 56 Millionen Euro für 2022/2023.

Diese finanziellen Unterstützungsmaßnahmen sind besonders relevant im Hinblick auf die Diskussion über die Notwendigkeit, die Landesumlage zu reduzieren oder auszusetzen. Eine Unterschreitung des Maximalrahmens zur Einhebung der Landesumlage führte bereits zu jährlichen Einsparungen von rund 12 Millionen Euro für Gemeinden und Städte. Der heutige Antrag könnte also eine Weichenstellung für die finanzielle Gesundheit der Oberösterreichischen Gemeinden bedeuten.

Die heutige Initiative wird auf jeden Fall genauer verfolgt werden, da sie nicht nur die sofortige finanzielle Entlastung zielt, sondern auch die langfristige Planungsfähigkeit und Stabilität der Gemeinden in Oberösterreich im Blick hat. Die Entwicklungen werden von den Bürgern und den Gemeindevertretern mit großem Interesse beobachtet.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• **www.ots.at** • **www.land-oberoesterreich.gv.at** • **www.staedtebund.gv.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at